

# Aus der Arbeit des Gemeinderates

## **Sitzung des Gemeinderats vom 17. Januar 2019**

### **Entschuldigte Gemeinderäte: Willi Oppold und Kay Seltrecht**

#### **Bürgerfragestunde**

##### Beleuchtung Torbogenmuseum

Ein Bürger teilte mit, dass die Beleuchtung zwischen dem Torbogenmuseum und dem Gebäude Klosterhof 2 sehr schlecht sei und auch der Weg vor dem Klosterhof 2 einige Schlaglöcher aufweisen, was als Gefahr für den Fußgänger droht. Er bat darum, dass die Beleuchtung verbessert wird und nach den Wegen geschaut wird. Ortsbaumeister Bielke erklärte daraufhin, dass dieser Bereich ein Privatweg sei, worauf Bürgermeister Michael Stütz mitteilte, dass die Verwaltung Kontakt mit dem Grundstückseigentümer aufnehmen wird, um dies zu klären.

##### Haushalt 2019 – Bürgerbüro Kosten

Derselbe Bürger wollte wissen, wie sich die hohen Kosten für das geplante Bürgerbüro zusammensetzen. Bürgermeister Michael Stütz erläuterte, dass im derzeitigen Archiv im Nebengebäude des Rathauses neue Büroräume entstehen werden. Vor allem die viel besuchten Ämter wie Einwohnermeldeamt, Ordnungsamt, Standesamt und Sozialamt werden dorthin umziehen. Wichtig auch, ist die Barrierefreiheit, welche im neuen Bürgerbüro entstehen werde.

##### Paul-Reusch-Kindergarten – Namensfestlegung

Weiter fragte dieser Bürger, ob für den neuen Paul-Reusch-Kindergarten ein anderer Name angedacht sei. Der Vorsitzende erklärte, dass falls ein konkreter Antrag gestellt wird, darüber abgestimmt werde.

##### Minigolfplatz Itzelberg – Bebauungsplan

Ein Bürger wollte wissen, ob der Bebauungsplan, welcher im Gemeinderat beschlossen werden soll, nur für den Betreiber des Minigolfplatzes gefasst werde. Bürgermeister Michael Stütz erklärte, dass der Bebauungsplan mehrere Grundstücke umfassen würde.

##### Minigolfplatz Itzelberg – Öffentlicher Steg

Derselbe Bürger teilte mit, dass laut den Gemeinderatsprotokollen der Steg für die Öffentlichkeit begehbar sein sollte, was aber nicht möglich sei, da hier der Steg durch eine bewegliche Wand abgesperrt ist. Bürgermeister Michael Stütz teilte mit, dass er dem nachgehen wird und dem Bürger nachträglich eine Antwort darauf geben werde.

### Minigolfplatz Itzelberg – Boote und Partyfloß

Weiter fragte dieser Bürger nach, wie viele Boote tatsächlich genehmigt seien und ob die Partyfloße genehmigt wurden.

Bürgermeister Michael Stütz gab bekannt, dass die Sondernutzungserlaubnis über das Landratsamt Heidenheim -Bau, Umwelt und Gewerbeaufsicht- erteilt wird, er sich aber erkundigen wird, wie viele Boote derzeit genehmigt sind.

Weiter erklärt der Vorsitzende, dass die Voraussetzung für die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis ein begleitendes Monitoring über die Entwicklung des Bestandes seltener Vogelarten (Brutvogelkartierung) ist, welches von Herrn Oelkuch jährlich zu erbringen ist. Dieses Monitoring bestätigt, dass durch die Boote kein Konflikt mit der Natur entstehen.

Abschließend gab Bürgermeister Michael Stütz bekannt, dass es im Frühjahr eine Bürgerversammlung in Itzelberg geben wird. Hier wird die Familie Oelkuch erläutern, was für ein Anbau geplant sei und erklären, warum sie dieses für notwendig hält. Auch die Parkplatzprobleme werden hier ein Thema sein. Nach dieser Versammlung wird im Gemeinderat beschlossen, ob ein Bebauungsplan erstellt wird oder nicht.

### Minigolfplatz Itzelberg – Toilettenhaus

Als letzte Frage stellte sich diesem Bürger das Problem mit dem Toilettenhaus. Er wollte wissen, warum dieses nur geöffnet sei, wenn der Biergarten geöffnet habe, woraufhin der Vorsitzende erklärte, dass dies so vereinbart wurde. Das Toilettenhaus wird von der Familie Oelkuch gereinigt und geöffnet wie auch geschlossen.

Bürgermeister Stütz fände es auch wichtig, dass das Toilettenhaus ganzjährig geöffnet wäre, aber hier besteht noch das Reinigungs- und das Schließungsproblem, was natürlich Kosten mit sich trägt.

Derzeit gibt es noch keine befriedigendere Lösung zu diesem Thema, so Bürgermeister Michael Stütz.

## **Bekanntgaben**

### Rewe

Bürgermeister Michael Stütz gab bekannt, dass der Rewe-Bau im Zeitplan sei und die geplante Eröffnung noch bekannt gegeben wird.

## **Stellungnahme der Fraktionen zum Haushaltsentwurf 2019**

### Gemeinderat Wolfgang Lutz nahm stellvertretend für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung zum Haushaltsentwurf 2019

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger von Königsbronn, Itzelberg, Ochsenberg und Zang, sehr geehrter Herr Bürgermeister Stütz, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde Königsbronn, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, mit der Einbringung des Haushaltsplans 2019 in der öffentlichen Sitzung im Dezember 2018 wurden die gemeinsam erarbeiteten Ziele unserer Klausur von unserem Kämmerer Herrn Cimander ausführlich vorgetragen. Hierfür herzlichen Dank an Sie und alle Beteiligten. Mit fast allen Punkten kann sich die SPD Fraktion identifizieren, aber einige Anmerkungen bzw. Änderungswünsche seien mir doch gestattet:

Bei der Bewertung eines über 300-seitigen Haushalts-Planwerks konzentriert man sich sinnvollerweise auf einige generelle Themen:

Die diesjährigen Haushaltsberatungen unterscheiden sich grundsätzlich von vorangegangenen: War es früher so, dass uns die Finanzen enge Grenzen in der Gestaltung auferlegt haben, so erscheint derzeit viel mehr / *nahezu fast alles* möglich zu sein. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir trotz gut gefüllter Kassen über das richtige Maß der Veränderungen in Königsbronn diskutieren.

Wir befassen uns als Gemeinderat schon seit mehreren Jahren mit besonders wichtigen und zukunftssträchtigen Projekten wie Schulsanierung, Gewerbegebiet und Kindergartenneubau. Auch das Jahr 2019 bringt auf diesem Weg keine Verschnaufpause, bereits angestoßene Projekte wurden begonnen und fortgeführt, neue Investitionen werden auf den Weg gebracht. Hier sind nur einige zu nennen: Erstellung Bürgerbüro, Neugestaltung Friedhof Itzelberg, Anschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges.

Die Tatsache, dass in diesem Haushaltsjahr mit geplanten 7,34 Millionen Gesamtinvestitionen im Vermögenshaushalt ein absoluter Höchststand in der Geschichte der Gemeinde erreicht werden soll, belegt dies in aller Deutlichkeit. In den letzten vier Jahren wurden 17,2 Mio. Euro in Baumaßnahmen der Gemeinde investiert. Ein gewaltiges Programm, das unsere Mitarbeiter bewerkstelligen mussten. Erwähnenswert ist, dass diese Investitionen bei einer nur um 4,02 Mio. Euro höheren Verschuldung erreicht wurden. Das zeigt: Wir sind auf dem richtigen Weg, Königsbronn und seine Teilgemeinden zukunftsfähig aufzustellen.

Wie vollziehen Verwaltung und Gemeinderat die aktuellen Aufgaben der Gemeinde und wie sichern sie die zukünftige Entwicklung? Der Status von heute und die Perspektive für morgen sind gleichermaßen bestimmend für die Lebensqualität in einem Gemeinwesen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf nachfolgende Generationen.

Deshalb sollte die **Generationengerechtigkeit** dem neuen Gemeinderat und der Verwaltung ein wichtiges Anliegen sein. Wie ist unsere Gemeinde für alle Generationen gleichermaßen-Jung und Alt- für die Zukunft aufgestellt?

Demografiefest sein heißt, eine bedarfsgerechte Infrastruktur für die sich verändernde Bevölkerungsstruktur zur Verfügung zu haben und den dauerhaften Bestand unserer Gemeinde zu sichern.

Unsere Anstrengungen der letzten Jahre waren darauf ausgerichtet, den seit Jahren anhaltenden Bevölkerungsschwund abzufangen. Das ist durch die Bereitstellung neuer Baugebiete gelungen. Wir sollten uns jedoch auf dem Erreichten nicht ausruhen:

***Deshalb unser erster Antrag (1):***

*Nachdem im Hauptort und auf der Waldsiedlung kleine Neubaugebiete im Entstehen sind, sollten wir uns jetzt auf die Teilorte konzentrieren. Ganz konkret würde es in Zang Möglichkeiten geben, attraktive Bauplätze zu schaffen; wir möchten dies als Aufgabe an die Verwaltung 2019 herantragen.*

Die nunmehr 7.103 Bürger unserer Gemeinde sollen sich durch eine Wohlfühlstruktur, welche sich durch alle Lebensabschnitte zieht, mit dem Wohnort verbunden fühlen. Die Gruppe der älteren Mitbürger Ü65 wurde unserer Meinung nach in den letzten Jahren nicht genügend beachtet.

Die Infrastruktur für diese Altersgruppe, wie Einkaufen, ärztliche Versorgung, Kulturangebote, Mobilität und Hilfsangebote rund ums Haus, wird in den nächsten Jahren zeigen, ob ältere Menschen auch weiterhin in Königsbronn leben möchten und können. Somit wird eine - wenn nicht gar die wichtigste Aufgabe die Erhaltung und der Ausbau einer Infrastruktur in Königsbronn und den Teilorten sein. Damit sich

Menschen dafür entscheiden, nach Königsbronn zu ziehen bzw. in Königsbronn und in den Teilorten zu bleiben und nicht in die Zentren abzuwandern.

Deshalb stellen wir folgenden **Antrag (2)**:

*Im letzten Haushaltsplan haben wir 70.000 € für die Neuanschaffung unseres Bürgerbusses eingeplant und warten seitdem auf eine elektroangetriebene Variante. Diese gibt der Markt zurzeit leider nicht her. Wir sollten uns schnellstmöglich für eine alternative, sinnvolle Antriebstechnik entscheiden, da alle wissen, dass der öffentliche Nahverkehr bei uns nur eingeschränkt zur Verfügung steht.*

*Unser 50/50 Ticket für junge Menschen ist ein Erfolgsmodell. Dieses möchten wir auf ältere Menschen bzw. Senioren ausweiten. Wir beantragen deshalb, versuchsweise eine Summe von 15.000 € bereitzustellen.*

Die Wohnsituation, besonders für Mietwohnungen, ist in Königsbronn und den Teilgemeinden äußerst schwierig. Dies, obwohl wir nachweislich sehr viele leerstehende Wohnungen in Häusern in Privatbesitz haben. In vielen Zweifamilienhäusern sind oft nur eine Wohnung belegt. Die Besitzer dieser Leerstände scheuen sich verständlicherweise, diese zu vermieten. Sie scheuen den damit verbundenen Aufwand und das vorhandene Risiko bei einer Vermietung.

Unser **dritter Antrag (3)**.

*Die Verwaltung sollte überlegen bzw. Erkundungen einziehen, ob eine Art kommunale Kümmerer Funktion für die meist älteren und alleinstehenden Besitzer möglich ist. Diese Person könnte bei der Vermittlung von Vermietungen und bei der Risikominimierung hilfreich sein. Dadurch könnten nachvollziehbare Ängste eventuell gemindert werden und die Wohnraumvermietung wieder attraktiver gemacht werden. Gewinner könnten beide Seiten sein.*

Im Zusammenhang mit fehlenden Wohnungen wollen wir den Blick auf eine interessante innerörtliche Lage richten. Westlich der Brenzquellstrasse – hinter dem alten Gasthaus „Hecht“ – befindet sich ein städtebaulich interessantes Baugebiet. Es gehört verschiedenen Grundstücksbesitzern. Wir bitten die Verwaltung um ein städtebauliches Grobkonzept dieses Quartiers um dann in mögliche Grundstücks- und Investorenverhandlungen gehen zu können. Auch, wenn es schon als Sanierungsgebiet abgegolten ist, könnte es doch andere Fördertöpfe geben. Auch dies bitten wir in Erfahrung zu bringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Unter unsere ständige Beobachtung gehören auch sämtliche gemeindeeigenen Hallen, die einen immensen Unterhaltsaufwand (2019 370.000 € ohne Hammerschmiede) verursachen. In den nächsten Jahren stehen auch hier hohe Kosten für die Sanierung der Herwartsteinhalle im Raum, wobei sehr gut abgewogen werden muss, was wirklich dringend gebraucht wird und was zweitrangig ist. Auch wenn die Entscheidung zur Schließung der Ostalbhalle keine populäre ist, müssen wir uns dieser stellen.

*Unserer Meinung nach muss die Entscheidung (**Antrag 4**) über Schließung, Abriss oder Sanierung der Ostalbhalle durch den Gemeinderat 2019 herbeiführen werden.*

Ein langjähriges Versprechen gegenüber den Itzelberger Bürgern werden wir mit dem Beginn der Sanierung der Turnhalle (200.000€ in 2019 und 750.000€ in 2020) einlösen. Die Turnhallen in Ochsenberg und Zang sind in einem guten Zustand. Hier müssten sich der Gemeinderat und die Verwaltung über die nicht befriedigende Situation der sogenannten „Küchen“ Gedanken machen. Diese Situation ist unserer Meinung nach ungenügend.

In der Klausur haben wir die Verwaltung gebeten, sich über die Einführung eines Ratsinformationssystems Gedanken zu machen und entsprechend Mittel einzustellen; dies sehen wir im vorliegenden Haushaltsplan nicht.

*Deshalb stellen wir den **Antrag (5)**, dieses schnellstmöglich nachzuholen und Mittel dafür einzuplanen.*

Bedenken haben wir beim Wirtschaftsplan Abwasserbeseitigung, für den wir jedes Jahr immense Kredite aufnehmen müssen.

Hier stellen wir unseren letzten **Antrag (6)**: Wir fühlen uns seit Jahren von der Verwaltung mit unseren Bemühungen, eine **externe unabhängige Überprüfung** vorzunehmen zu lassen, nicht ernst genommen. Es wurde die Firma zur Überprüfung beauftragt, die seit Jahrzehnten genau diese Situation mitträgt. Ob dadurch wirklich alle Optionen zur Lösung der anhaltenden Problematik gefunden wurden, wagen wir zu bezweifeln. Die Bevölkerung muss umfassend über die 500.000 € Darlehen aus dem Gemeindehaushalt 2019 informiert werden. Es ist in den nächsten Jahren zu befürchten, dass noch einmal circa 2 Mio. anfallen werden. Hierbei sind noch keine größeren Instandhaltungs-investitionen eingerechnet, die zwangsläufig auf uns zukommen werden.

Sehr geehrter Herr Stütz, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Bereich, der sicher nicht nur uns in der Fraktion, sondern uns alle schmerzt und ratlos macht. Der mehr oder weniger mangelhafte Zustand unserer Gemeindestraßen. Wir sehen leider keine Möglichkeit, das Haushaltsvolumen noch deutlicher zu erhöhen und hier noch mehr Geld (550.000€) in diesen Bereich zu investieren.

Trotzdem möchten wir an dieser Stelle darauf aufmerksam machen: Ergeben sich im Laufe des Haushaltsjahres Möglichkeiten, dass Mittel in größerem Umfang frei werden, sollten wir diese dafür verwenden und zwar nach der Schadenseinstufung, die noch zu aktualisieren ist.

Die Gemeindeverbindungsstraßen Ochsenberg-Königsbronn, die Zufahrt zur Waldsiedlung und die Landstraße Zang-Königsbronn dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Hier sollte sich der Gemeinderat entscheiden, ob wir nicht schnellstmöglich einen Antrag ans Land stellen, die Landstraße 1123 zu sperren, die doch ein sehr großes Gefährdungspotential birgt. Wir sind der Meinung, wir sollten hier nicht länger warten und mit diesem Beschluss aktiv auf das Land BaWü zugehen.

Ein Thema, wenn nicht das zentrale Thema in Königsbronn ist das stetig steigende Verkehrsaufkommen auf der B19. Unserer Ansicht nach muss der Gemeinderat von Königsbronn von sich aus aktiver werden. Es reicht nicht, die Bemühungen auf Kreisebene nur passiv zu unterstützen. Aus Königsbronn muss ein Signal an alle politischen Gruppierungen über die Kreis-, Landes- bis zur Bundesebene hinaus gesendet werden.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in einer guten Haushaltsrede kann nicht nur gelobt werden.

Wie in den letzten Jahren erscheinen uns die EDV Ausgaben in Höhe von 150.000€ zu hoch. Man versprach uns- und wir versprachen uns – durch die Abkoppelung von Oberkochen vor zwei Jahren eine Kostenentlastung, und dies bei einer deutlich besseren Administration. Das Gegenteil ist der Fall. Hier wünschen wir uns von der Verwaltung eine aussagekräftige Erklärung.

Die Steigerung der Personalkosten in den letzten sieben Jahren um circa 1 Mio. auf nunmehr 3,5 Mio. muss sich unseres Erachtens nur noch auf die tariflichen Steigerungen und Höhergruppierungen beschränken. Es ist interessant zu beobachten, dass in allen Haushaltsreden Einsparungen gefordert werden, in konkreten Fällen die Entscheidungen aber anders ausfallen.

Abschließend:

Alle genannten Aufgaben müssen zunächst durch gesicherte Einnahmen finanziert werden. Diese Einnahmenseite ist aus unserer Sicht eher defensiv und vorsichtig geplant, so dass es bei der Umsetzung zu keinen großen negativen Überraschungen kommen sollte. Wir rechnen mit deutlich höheren Gewerbesteuereinnahmen 2018 als geplant; da wäre zu überlegen, ob nicht auf eine neue Darlehensaufnahme in der geplanten Höhe von 1,5 Mio. in 2019 verzichtet werden kann.

Der Haushaltsentwurf konnte auch ohne eine Erhöhung der Gebühren und Steuern ausgeglichen werden. Wir glauben, dass dies ein wichtiges Signal an die Bürger und an unsere Gewerbetreibenden ist. Die Grundlage für unser immenses Investitionsvolumen sind die Gewerbesteuereinnahmen; in den letzten vier Jahren waren dies circa 18 Mio. €.

Wir sind der Meinung, dass wir mit der Gründung unserer gemeinsamen IKG mit Heidenheim und Oberkochen die Grundlage für weiteres Wachstum und zeitgerechte Arbeitsplätze in der Region geschaffen haben. Hier sollten alte Scheuklappen abgelegt und Befindlichkeiten überwunden werden, da in Zukunft eine gute Kooperation unter Gemeinden für alle hilfreich ist. Die Verbundenheit mit der heimischen Wirtschaft muss gepflegt und verlässlich ausgebaut werden.

Am Schluss meiner Ausführungen möchte ich mich im Namen meiner Fraktionskolleginnen und meiner Fraktionskollegen bei der Verwaltung und Gemeindemitarbeiter für die im vergangenen Jahr geleistete gute Arbeit, an der Spitze Herr Bürgermeister Stütz, bedanken.

An dieser Stelle ein ganz besonderer Dank auch an alle Bürgerinnen und Bürger, die sich im vergangenen Jahr im besten Sinne in die Königsbronner Kommunalpolitik eingemischt haben. Behalten Sie dieses Engagement auch in der weiteren Zukunft bei.

Verantwortliche Kommunalpolitik ist immer eine Gratwanderung zwischen Finanzierbarkeit und der Erfüllung berechtigter Ansprüche aller Bürger.

Sie ist nur zu stemmen, wenn alle Beteiligten, Gemeinderat, Bürgermeister und Verwaltung bei allen gegensätzlichen Ansprüchen eine gemeinsame Zuhör- und Kommunikationsbasis finden.

Wir als SPD-Fraktion sind zu dieser Zusammenarbeit auch 2019, wahrscheinlich in geänderter Zusammensetzung, gerne bereit!

#### Gemeinderat Michael Öxler nahm stellvertretend für die CDU-Fraktion wie folgt Stellung zum Haushaltsentwurf 2019

Einleitend möchte die CDU-Fraktion der Gemeindeverwaltung von Königsbronn ihren Dank für die geleistete Arbeit ausdrücken. Herrn Cimander möchten wir in diesem Zusammenhang unseren ausdrücklichen Dank aussprechen, für die geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Haushaltsplanerstellung.

Der Haushaltsplan 2019 weist im Bereich des Verwaltungshaushalts eine Erhöhung von rund 1,4 Mio. Euro gegenüber 2018 aus. Die Gewerbesteuereinnahmen liegen voraussichtlich bei 5,4 Mio., Euro. Hierbei ist zu beachten, dass diese Summe der Gewerbesteuer von der gesamtwirtschaftlichen Lage abhängig ist und somit Schwankungen unterworfen ist. Der Vermögenshaushalt ist gleichzeitig darauf angewiesen, dass vom Verwaltungshaushalt monetäre Mittel zugeführt werden. Im Jahr 2019 umso mehr, da wichtige Investitionen finanziert werden müssen. Der Gemeindeanteil bei der Einkommensteuer steigt rund ¼ Mio. Euro auf 4,9 Mio. Euro. Die Kreisumlage steigt um 1,19% auf 3,8 Mio. Euro. Die Erhöhung war für die Sanierung des Heidenheimer Klinikums notwendig.

Der Verwaltungshaushalt erwirtschaftet eine ausreichende Zuführungsrate, nach §22 Gem. HVO, an den Vermögenshaushalt. Die CDU-Fraktion wird bei den Investitionen ihren Blick auf mögliche Einsparpotentiale legen, um die Belastung durch die immer geringer werdenden finanziellen Spielräume so gering wie möglich zu halten. Dies bringt die Notwendigkeit mit sich, den Verwaltungshaushalt auf Einsparpotentiale zu überprüfen. Insbesondere sollen die Kostendeckungsgrade 2019 geprüft werden.

**Antrag: Die Verwaltung soll den Kostendeckungsgrad aller Gebührenhaushalte überprüfen. Mit dem Ziel der Erhöhung des Kostendeckungsgrads.**

Was ist für Königsbronn aus Sicht der CDU-Fraktion kurz-, bis mittelfristig wichtig.

#### 1. Ortsdurchfahrung von Königsbronn

Die Ortsdurchfahrt von Königsbronn ist seit Jahren durch ein sehr hohes permanentes Verkehrsaufkommen geprägt und regelmäßig in unseren Zielen an oberster Stelle. Ein langfristiges Ziel ist eine weiträumige Ortsumfahrung bzw. Tieferlegung der B19. Beides sind Möglichkeiten, die einen längeren Atem bis zur Vollendung erfordern. Diese Maßnahmen müssen im Fokus der Gemeinde Königsbronn liegen, möchten wir Königsbronn auch in Zukunft attraktiv als Wohnort erhalten bzw. verbessern.

Kurzfristig werden wir aus Sicht der CDU-Fraktion uns ebenfalls Lösungen einfallen lassen müssen. Wir werden diese Problemstellung 2019 weiterhin in unserem Blick haben um dieses Problem einer, unter den schwierigen Rahmenbedingungen, möglichst optimalen Lösung herbeizuführen.

**Antrag: Die Verwaltung soll eine Verkehrsanalyse der B19 in Königsbronn in Auftrag geben, welche die Basis für weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation bildet.**

#### 2. Schule- und Schulentwicklung

Im vergangenen Haushaltsjahr fanden zwei Bürgerentscheide zum Erhalt der Grundschulaußenstellen statt. Für deren Durchführung herzlichen Dank an die Verwaltung, allen voran, Frau Klier und an die Bürgerinitiative. Die Bürgerinnen und Bürger von Königsbronn haben für deren Erhalt gestimmt und bestätigte die Haltung der CDU Fraktion. Auch nach Ablauf der Sperrfrist, wird sich die CDU-Fraktion für den Erhalt der Grundschulaußenstellen einsetzen.

### 3. Ortsentwicklung der Teilorte

Mit Blick auf die Teilorte die uns als CDU-Fraktion sehr wichtig sind wünschen wir uns eine nachhaltige Dorfentwicklung für alle Teilorte. Neben der Verbesserung der Infrastruktur ist auch die Erschließung von preiswerten Grundstücken in den Teilorten geboten.

**Antrag: Die Verwaltung soll im laufenden Jahr das Thema Erschließung von Grundstücken in den Teilorten auf die Tagesordnung setzen.**

### 4. Ersatz und Neubeschaffungen

Zukünftige Investitionen, werden wir auf alle Alternativen akribisch prüfen v. A. vor dem Hintergrund, dass ortsansässige Betriebe gestärkt werden.

#### **Antrag**

**Wir beantragen erneut, eine rechtskonforme Beschaffungsrichtlinie zu erarbeiten, die dem umweltfreundlichen und sozialverträglichen Einkauf von Material, Dienstleistungen und vor allem bei Ausschreibungen dient.**

Der Feuerwehrbedarfsplan zeigt einen hohen finanziellen Bedarf für die nächsten Jahre auf. Eine mittelfristige Finanzplanung ist geboten, um die Einsatzfähigkeit auch für die Zukunft zu sichern.

#### **Antrag**

**Das Investitionsprogramm muss entsprechend dem Feuerwehrbedarfsplan angepasst werden.**

### 5. Ortsentwicklung

Königsbronn bietet sehr viel, hat aber auch Potential um sich den Bedürfnissen seiner Einwohner anzupassen. Areale, welche im Bereich des Ortskerns in Zukunft frei werden könnten, müssen weiterhin unbedingt im Fokus unserer Betrachtung sein. Uns ist es auch ein Anliegen, Gastronomen im gesamten Gemeindegebiet zu stärken. Der Erwerb des „Weißen Rössle“ war unabdingbar, um als Gemeinde den Ortskern im Sinne von Königsbronn zu entwickeln. Die Verkehrssituation am Itzelberger See ist schlecht. Daher stellen wir folgenden Antrag.

**Antrag: Die Verwaltung möge ein Konzept erarbeiten, welches eine deutliche Reduzierung des Verkehrsaufkommens im Bereich der Uferstraße in Itzelberg zum Ziel hat.**

Die Hammerschmiede hat sich zu einem attraktiven Veranstaltungsort im Zentrum entwickelt. Nun fehlt aber noch der i-Punkt um auch zu einem kulturellen Zentrum zu werden. Die hervorragende Akustik erlaubt auch Konzerte und Liederabende mit klassischen Musikinstrumenten, die üblicherweise die Solisten mitbringen. Eine Ausnahme gibt es, ein Instrument muss speziell beliehen werden: Ein Flügel. Die Kosten liegen lt. Rückfrage bei Andreas Hug bei 700€ pro Abend. Daher schlagen wir vor, ein repräsentatives Instrument für die Hammerschmiede zu kaufen, zum Beispiel ein gut erhaltener Steinway-Flügel. Die Finanzierung könnte durch Spenden oder Veranstaltungen erleichtert werden sowie durch Erhebung einer Leihgebühr bei Veranstaltungen. Die 1500-Einwohnergemeinde

Hagnau/Bodensee hat eine interessante Lösung gefunden: die Tasten werden einzeln „verkauft“ für 150€ für schwarze und 300€ für weiße Tasten. Die Rückmeldung von unserem Musikschulleiter zu dieser Idee spricht für sich: „Es wäre wunderbar, dauerhaft einen Flügel in der Hammerschmiede stehen zu haben.“

**Antrag: Die Verwaltung soll den Erwerb eines Flügels und deren Refinanzierbarkeit für die Hammerschmiede prüfen.**

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2019 zu und möchte sich an dieser Stelle für das hohe Engagement, das für die Erstellung dieses Haushaltsplans notwendig war, nochmals bedanken. Dank auch an alle Gemeinderatsmitglieder. Ebenso möchten wir uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern bedanken, welche sich bei der Gestaltung von Königsbronn mit engagieren. Denn gemeinsam erreicht man mehr.

Gemeinderat Joachim Wötzel nahm stellvertretend für den Unabhängigen Wählerblock zum Haushaltsentwurf 2019 wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stütz, meine Damen und Herren von Verwaltung und Gemeinderat, liebe Bürgerinnen und Bürger von Königsbronn und den Teilorten,

nach einem teilweise turbulenten Jahr mit den erstmaligen Bürgerentscheiden in der Gemeinde und manch kontrovers geführter Diskussion im Gemeinderat wurden bei den bewährten Klausurtagungen erste Punkte von der Verwaltung vorgestellt, wie der Haushalt letztmalig in der alten Form im Jahr 2019 aussehen könnte.

Dabei wurde ein anspruchsvoller Entwurf präsentiert der eine Steigerung des Haushaltsvolumens um fast 16 % auf 24,73 Mio. Euro vorsieht. In dem Pressebericht vom 8. Januar wurde der Etatentwurf ausführlich vorgestellt. Wir vom Unabhängigen Wählerblock werden uns deshalb mit unserer Stellungnahme wieder kurzhalten.

Die gute gesamtwirtschaftliche Lage brachte 2018 eine Rekordsumme an Gewerbe- und Einkommenssteuer. Dies wird sich aller Voraussicht nach auch 2019 fortsetzen. Ein Rekord an Steuereinnahmen bedeutet aber auch gleichzeitig höhere Ausgaben an Umlagen und auch niedrigere Finanzausweisungen.

Die derzeit niedrigen Zinsen und die höheren Steuereinnahmen können leicht zu Ausgaben verleiten, die unseren Haushalt in Höhe und Wirtschaftlichkeit in der Zukunft belasten.

Bei den geplanten Investitionen steht weiterhin der Kindergartenneubau an der Paul-Reusch-Straße oben auf der Liste. Weitere wichtige Punkte im Jahr 2019 sind die Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrautos, die Einrichtung eines Bürgerbüros in der Herwartstraße 4 und der damit verbundene Umbau, die Erneuerung und Umgestaltung der Königsbronner Straße in Zang mit Hochwasserschutz, die Neugestaltung des Friedhof Itzelberg, die Lärmschutzwand an der B19, die Planungskosten für die Sanierung der Itzelberger Turnhalle, die Umgestaltung der Georg-Elser-Gedenkstätte und ein möglicher Grunderwerb.

Dazu sind noch weitere Ausgaben geplant, die von Bürgerbus über Nahwärmeversorgung und Fahrradboxen am Bahnhof in Königsbronn bis zu den Spielplätzen reichen.

Die Umgestaltung der Georg-Elser-Gedenkstätte hängt von den erhofften Zuschüssen und Spenden ab. Es wird deshalb schwierig, dies im Jahr 2019 zu realisieren. Es ist bei diesem Vorhaben darauf zu achten, dass der Gemeindeanteil an den Umbaukosten in Höhe von rund 100.000 Euro nicht überschritten wird.

Beim Punkt Grunderwerb müssen die Kosten für einen geplanten Grunderwerb in Höhe von 1,62 Mio. Euro nochmals auf Finanzierung, Nachhaltigkeit und Folgekosten überprüft werden.

Zwei Baumaßnahmen, die vom Unabhängigen Wählerblock gefordert wurden und immer noch auf der Warteliste stehen, müssen in 2019 endgültig umgesetzt werden. Dies sind zum einen die Rampen an der Rosenkranzbrücke und zum anderen die Sanierung der Brücke an der Paul-Reusch-Straße über die Bahngleise, für die bereits Zuschüsse beantragt sind.

Zu diesen dringenden Baumaßnahmen kommt noch die Gehwegsanierung in der Eisenbahn- und Bachstraße, um eine gefahrlose Anbindung in Richtung Ortsmitte sowie Schule und Kindergarten zu erreichen.

Bei den doch ehrgeizig geplanten Investitionen muss ich auf einen Teil der letztjährigen Haushaltsrede zurückgreifen und dies nochmals wiederholen:

„Für uns vom Unabhängigen Wählerblock ist es fraglich, alle geplanten Projekte in diesem Jahr durchzuführen. Planungen, Genehmigungsverfahren, Ausschreibungen, fehlende Kapazitäten im Hoch- und Tiefbau und im Ausbaugewerk sowie Preissteigerungen können wie im vergangenen Jahr zeitliche Verschiebungen mit sich bringen.“

Neben dem Ausbau der Infrastruktur u.a. mit Kanalsanierung, Straßenerhalt und der Abwasserbeseitigung sollte die Bereitstellung von Bauland für betreutes Wohnen, Sozialwohnungsbau und für Handel, Gewerbe und Industrie nicht in den Hintergrund treten.

Eine weitere große Herausforderung wird die Umsetzung des jetzt vorliegenden Radwegkonzepts sein. Viele Vorschläge aus diesem Konzept sind finanziell oder technisch/baulich schwer umsetzbar.

Für die Zukunftsaufgaben sind außer den hohen finanziellen Mitteln auch die Unterstützung übergeordneter Behörden, Baulastträgern und der maßgeblichen Zuschussstellen erforderlich.

Die Personalkosten die infolge von Tarifvereinbarungen, Höhergruppierungen und auch Neueinstellungen eine Rekordsumme erreichen, sind so noch vertretbar, müssen in Zukunft aber genauso wie die steigenden Ausgaben für Bildung und Betreuung im Auge behalten werden.

Die geplante Darlehensaufnahme von 1,5 Mio. Euro erhöhen die Gesamtschulden mit den Eigenbetrieben auf über 11 Mio. Euro. Dazu kommt noch eine Rücklagenentnahme von knapp 3 Mio. Euro. Hier sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir vom Unabhängigen Wählerblock trotz teilweisem Investitionsstau STOP sagen müssen.

Zur Reduzierung der Kreditaufnahme bzw. zur Minderung der Rücklagenentnahme müsste, unserer Meinung nach, eine gezielte Kürzung bei den Investitionen und beim Grunderwerb noch möglich sein.

Die in den Haushaltsreden aller Fraktionen in den letzten Jahren geäußerte Auffassung, dass die Rücklagen gestärkt werden müssen, gerät - vielleicht auch aus Wahlkampfgründen- etwas in den Hintergrund.

Auch der Kämmerer weist in seiner Schlussbetrachtung darauf hin, dass für mögliche Schwankungen bei der Gewerbesteuer eine angemessene Rücklage vorgehalten werden sollte.

Insgesamt stellt der Haushaltsplan trotz höherer Schulden eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung von Königsbronn dar. Für die doch umfangreiche und schwierige Aufstellung des Etatentwurfs möchten wir der Kämmerei unter Leitung von Herrn Cimander ein Lob aussprechen.

Wir vom Unabhängigen Wählerblock werden dem Haushaltsplan 2019 mit den Wirtschaftsplänen Wasser und Abwasser zustimmen.

Zum Schluss möchten wir allen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern in der Gesamtgemeinde für ihren Einsatz in den verschiedensten Bereichen zum Wohl von Königsbronn einen herzlichen Dank aussprechen.

Unser Dank gilt natürlich auch Herrn Bürgermeister Stütz mit den Kolleginnen und Kollegen vom Rathaus, dem Bauhof und der Kläranlage.

#### Gemeinderätin Christl Schäfer nahm stellvertretend für die Unabhängige und Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsentwurf 2019 wie folgt Stellung:

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der kommunalen Betriebe, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wir bedanken uns bei der Verwaltung für die Arbeit des vergangenen Jahres, besonders bei Ihnen, Herr Cimander, für das Erstellen des soliden Haushaltsplanentwurfs. Der HZ, namentlich Herrn Stock, danken wir für die informative Berichterstattung.

Im Vorfeld diskutierten wir in Klausuren die finanziellen Verhältnisse und Planungen für die Zukunft. Diese Vorgehensweise halten wir für konstruktiv und effektiv. Hier in Königsbronn arbeiten wir über die Fraktionen hinweg bei allen Themen zielorientiert und mit einem guten Kontakt zur Verwaltung zusammen. Dafür danken wir allen Beteiligten. Die Königsbronner Haushaltsmittel sind größtenteils gebunden, es gibt wenig freien Gestaltungsraum. Das hängt mit unseren großen Aufgaben zusammen, die sich z.T. über mehrere Jahre verteilen. Deswegen richten wir den Blick besonders auf politische Schwerpunkte, die uns dieses Jahr beschäftigen werden.

#### **KLIMASCHUTZ**

Der Klimaschutzplan des Landkreises von 2016 hat den Gemeinderat und die Gemeinde dazu motiviert, 2017 das „Energetische Quartierskonzept“ in Auftrag zu geben, dessen Schlussbericht im Februar 2019 vorgestellt wird. Die Umstellung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise auf Energien ohne Treibhausgasemissionen erfordert eine grundlegende Transformation, die alle Bürger betrifft. „Weiter so“ würde in ein klimatisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches Chaos münden, das wir uns und unseren Kindern nicht wünschen können.

Wir müssen aber die Bürger auf diesem Weg mitnehmen und beraten. Wenn eine Bürger-

Energiegenossenschaft dafür ein richtiger Schritt ist, sollte die Kommune sich wie bisher engagiert daran beteiligen. Wir sind dem Bürgermeister und dem Gemeinderat dankbar für die laufende Unterstützung dieses Projekts.

## **ENERGIESPAREN**

In den früheren Jahren ließ die Gemeinde einen Energiebericht über ihre Bauten erstellen, der fiel 2018 aus. Wir bedauern das, denn die Bemühung um Energieeinsparung und umweltfreundliche Energiebereitstellung ist ein langfristiges Projekt.

**Antrag 1: Ab 2019 soll (wieder) jährlich ein externer Gutachter über die energetische Situation der gemeindeeigenen Gebäude berichten und Sanierungsvorschläge vorlegen. Im Haushalt soll ein entsprechender Kostenansatz eingefügt werden.**

Dabei haben wir vor allem solche Gebäude im Auge, die durch hohe Energieverschwendung auffallen wie z.B. die Ostalbhalle. Die Verbesserung der Energieeffizienz in den kommunalen Bauten bleibt eine wichtige Aufgabe auch für den Klimaschutz. In Sachen Ostalbhalle fehlt immer noch der schon lange versprochene Vorschlag der Verwaltung, wie Vereine und Schulen auch ohne diese Halle auskommen könnten.

Das kommunale Nahwärmenetz mit seiner BHKW-Heizzentrale in der Herwartsteinhalle bewährt sich offensichtlich, wir freuen uns, dass unsere Anregung dazu umgesetzt wurde und unterstützen die Erweiterung des Netzes zu Grundschule, Kindergarten und ggf. auch zum Rössle-Bau.

Die Straßenlampen im Gemeindegebiet stammen zum größten Teil aus den 60er und 70er Jahren. Sie auf LED-Leuchtmittel umzurüsten ist nicht ganz einfach. Neue Masten müssen gesetzt werden, damit eine gleichmäßige Ausleuchtung der Straßen und Wege von oben her möglich wird. Die bisher horizontale Lichtstrahlung wird von den Anwohnern zu Recht oft als Blendung kritisiert und die Bestandsleuchten verbrauchen unnötige Mengen an Strom.

**Antrag 2: Die Gemeinde möge bis September 2019 einen mehrjährigen Plan für die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED-Betrieb vorlegen und die Kosten dafür beziffern.**

## **KINDER, JUGEND, BILDUNG**

19% Personalkosten im Verw.-HH sind nach unserer Überzeugung nicht zu viel. Mit diesem Geld werden die direkten Dienstleistungen für die Bürger entlohnt, die Kinderbetreuung, Jugendarbeit, soziale Hilfen, Jugendbücherei, VHS, Bauhof und Verwaltung. Überall sind es Menschen, die berufsmäßig für das Gemeinwohl arbeiten, und das zu keinesfalls übertriebenen Löhnen. Dafür ist jeder Euro richtig ausgegeben. Der Kiga-Neubau bindet viel Geld im Vermögens-HH und vergrößert die Verschuldung. Diese Aufgabe gehört aber zu den zentralen Punkten der Zukunftssicherung. Wir waren immer Befürworter einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung. Wir unterstützen die Investitionen in Einrichtungen für Betreuung und Bildung und denken dabei auch an die sich verändernden Familienarbeitszeiten. Letztlich ist die gute Kinderbetreuung auch ein sehr positiver Standortfaktor für Königsbronn. Über die Trägerschaft für den neuen Paul-Reusch-Kindergarten müssen wir noch beraten. Neben der Eingliederung der abnehmenden Zahl asiatischer und afrikanischer Flüchtlinge wird verstärkt die Eingliederung von EU-Ausländern aus Osteuropa eine Bildungsaufgabe für die Kommunen: Sprachförderung, Sprachkurse und handwerkliche Ausbildung sind dafür elementar. Wir danken dafür besonders der VHS, den ehrenamtlich Engagierten

sowie den ausbildenden Betrieben.

## **BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT**

Die Zukunftsoffensive zeigte in den vergangenen 10 Jahren, dass viele Königsbronner sich aktiv am Kommunalleben beteiligen. Wir freuen uns darüber, dass die Fragebogenaktion die Weiterführung der Zukunftsoffensive mit einigen zusätzlichen Themen nahelegt. Wir werden diesen Prozess aktiv begleiten.

Der erste kommunale Bürgerentscheid im Land nach neuem Recht hat bei uns in Königsbronn stattgefunden. Auch wer anderer Ansicht als die Mehrheit ist, wird zugeben, dass dieser Bürgerentscheid das Bewusstsein für den demokratischen Prozess in unserer Gemeinde gestärkt hat.

Unsere Georg-Elser-Gedenkstätte genießt hohes Ansehen. Sie muss modernisiert und umgebaut, nicht zuletzt behindertengerecht zugänglich gemacht werden.

Zusätzlich zu den in Aussicht gestellten Bundesgeldern benötigen wir auch Landesmittel und Spenden, um diese Aufgabe zu bewältigen. Wir unterstützen den Bürgermeister und die Verwaltung dabei, mit der Landesregierung die entsprechenden Gespräche aufzunehmen. Unsere beiden Grünen-Abgeordneten in Bund und Land haben im HZ-Interview am 8. Januar bekannt gegeben, dass sie dieses Thema voranbringen wollen. Landesmittel dafür werden aber voraussichtlich erst im Haushalt 2020 verfügbar sein.

## **INFRASTRUKTUR**

Das Breitbandnetz muss zügig einsatzbereit gemacht werden, damit Bürger und Betriebe auch was von der Investition haben. Die Gemeindeverwaltung hat entschlossen gehandelt, um das Glasfaser-Netz in den Boden zu bringen, das ist ein Lob wert! Das Radwegekonzept wird uns demnächst vorgestellt. Zu Fuß gehen und Radfahren sind umweltschonendste Mobilität überhaupt, sie sind ein Beitrag zum Klimaschutz. Das müssen wir durch entsprechenden Wegebau erleichtern. Wir begrüßen, dass im Haushalt 50.000 € für erste bauliche Maßnahmen an Radwegen eingesetzt sind, in den nächsten Jahren müssen weitere Radwege gebaut und Fußwege verbessert werden. Im ÖPNV verbessert sich trotz unserer Vorschläge und Kritik aus den Vorjahren kaum. Besonders die Bewohner der Teilorte Ochsenberg und Zang bleiben oft auf die eigenen PKWs angewiesen. Die zeitliche Koordination zwischen den Bussen 40 und 41 und dem RE-Verkehr der Bahn von und nach Aalen ist und bleibt mangelhaft. Auf das hvg-Bussystem hat die Gemeinde allerdings nur geringen Einfluss, das ist eine Kreisangelegenheit. Unsere Bürger müssen die Unzulänglichkeiten leider hinnehmen.

Wir schlagen daher vor, unser Bürgerbusmodell weiter zu entwickeln und ggf. durch einen von Bürgern getragenen flexiblen Mitfahrdienst und Carsharing zu erweitern. Wie so etwas technisch, wirtschaftlich und rechtlich möglich ist, sollte 2019 mit Fachleuten und Bürgern (z.B. im Rahmen der Zukunftsoffensive) diskutiert werden, erfolgreiche Praxis mit solchen Systemen gibt es in mehreren Kommunen im Land.

## **VERKEHR und INTERKOMMUNALES GEWERBEGEBIET**

Wir schlagen vor, bei der Erweiterung des IKG einen einfachen Haltepunkt der Brenzbahn beim Seegartenhof zu planen. Morgens und abends sollen dort einige RB-Züge einen Stopp für pendelnde Arbeitnehmer vom und zum Interkommunalen Gewerbegebiet einlegen.

**Antrag 3: Für einen Bahn-Haltepunkt nahe dem Seegartenhof sollen ausreichend Flächen im Flächennutzungsplan für das neue IKG vorgesehen**

**werden und bei der Erschließung sollen die erforderlichen Mittel dafür bereitgestellt werden.**

Ebenso halten wir es für notwendig, dass die Gemeindeverwaltung in Verhandlungen tritt für die Verbesserung des Werksbusverkehrs von Heidenheim nach Oberkochen bzw. ins IKG und zurück. Werksbusse werden angeboten, werden aber wegen schlechter Bedingungen seitens der hvg nicht angenommen. Von Aalen aus funktioniert das mit der OVA deutlich besser und billiger. Dazu gehören natürlich auch geeignete Park-and-Ride-Parkplätze außerhalb und an Bahnhöfen mit Busanbindung. Es ist unser Königsbronner Interesse, dass sich der PKW-Berufsverkehr auf der B 19 verringert. Wir müssen uns für den Schutz der Anwohner einsetzen. Daher stellen wir

**Antrag 4: Die Gemeindeverwaltung soll Busunternehmen und Betriebe an einen Tisch bringen mit dem Ziel, die täglichen Pendler-Staus auf der B19 in Königsbronn durch teilweise Verlagerung des Pendlerverkehrs auf den ÖPNV und dessen Verbesserung bzw. Ergänzung durch Werksbusse zu reduzieren.**

## **BAUEN UND UMWELTSCHUTZ**

Das „Ökokonto“ der Gemeinde ist nun eröffnet und gibt Rechenschaft über die ökologisch wertvollen Flächen, die als Ausgleich für baulichen Landschaftsverbrauch vorhanden sind bzw. neu angelegt werden müssen. Wir begrüßen dieses Verfahren, da es mehr Transparenz bietet als bisher. Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass die Natur nicht endlos ist und wir schonend mit ihr umgehen müssen.

Die Neubebauung der Ortsränder macht uns Sorgen, weil dabei immer Naturflächen verloren gehen. Andererseits sehen wir bedeutende Lücken in den Innenbereichen fast aller Ortsteile. Daher stellen wir den folgenden Antrag als Richtlinie für künftige Planungen:

**Antrag 5: Planungsrichtlinie für Neubaugebiete soll sein: Vorrangig die offenen Flächen im Innenbereich der Teilorte baulich nutzen.**

Wir begegneten im Lauf der Jahre immer wieder der Situation, dass die Gemeinde keinen ausreichenden Einfluss auf die Bebauung von Grundstücken in innerörtlichen Lagen hat, weil sie ein Vorkaufsrecht nur in ausgewiesenen Sanierungsgebieten besitzt. Das derzeit aktive Sanierungsgebiet betrifft Brauereiareal und Brenzstraße. Der Bezirk um den früheren Bahnhof herum ist in Privatbesitz mit dem Ergebnis, dass das Bahnhofsgebäude verkommt, weil sich die Renditeerwartungen der neuen Eigner nicht erfüllen lassen. Wir stellen daher den

**Antrag 6: Eröffnen eines Sanierungsgebiets um das Bahnhofgebäude herum und Sicherung des Vorkaufsrechts der Gemeinde auf die Anwesen in diesem Bereich.**

Wir betonen: Es geht nicht um Enteignung, sondern um die Sicherung des kommunalen Vorkaufsrechts für den Fall eines Verkaufs und um kommunale Gestaltungsmöglichkeiten. Giftige Mittel gegen Insekten und unerwünschte Pflanzen sind schon lange in Privatgärten verboten, die Gemeinde hat sich auf unsere Initiative im vergangenen Jahr für ihre Flächen diesem Verbot auch formal angeschlossen. Wir möchten mehr Aufklärung zu diesem Thema für die Bürgerschaft.

**Antrag 7: Die Gemeindeverwaltung soll eine aktive Informationskampagne im Amtsblatt zum Thema „Naturnaher Pflanzenschutz“ mehrfach von Frühjahr bis Herbst veröffentlichen, am besten gemeinsam mit dem Obst- und Gartenbauverein.**

Zum Umweltschutz zählen wir auch den Schutz unserer Bürger entlang der B19 gegen Staub und Lärm. Die Befragung der Bürger zur Fortsetzung der

Zukunftsoffensive hat dieses Thema auf den ersten Rang gestellt. Wir finden uns nicht damit ab, dass die Verkehrsbehörde beim Landratsamt keine verkehrsberuhigenden Maßnahmen an der B 19 genehmigt. In anderen Landkreisen werden solche Bundesstraßen in Orten durchaus auf 30 km/h begrenzt, um Abgase, Lärm und Staub zu reduzieren. Für uns schließt Umweltschutz den Menschenschutz, besonders den Gesundheitsschutz, ein!

Wir werden uns in der Zukunftsoffensive zu diesem Thema einbringen und dem Gemeinderat die Wünsche der Bürger zur B 19 dann zur erneuten Beratung vortragen.

### **NACHHALTIGE BESCHAFFUNG**

Unsere Vorschläge zu Verbesserung der Nachhaltigkeit in der kommunalen Beschaffung wurden seit 2015 von der Gemeindeverwaltung staunend zur Kenntnis genommen. Das Landesamt für Umwelt LUBW bietet jedes Jahr mehrere Fortbildungsveranstaltungen zum Thema nachhaltiger Beschaffung in Kommunen an. Wir freuen uns, dass der stellvertretende Kämmerer, Herr Böstler, nun an einer Nachhaltigkeitsschulung teilgenommen hat, und stellen den folgenden Antrag, um nachhaltige Beschaffung in der Verwaltung verbindlich und dauerhaft zu verankern:

**Antrag 8: Die Verwaltung soll einen Nachhaltigkeitsbeauftragten ernennen, der für entsprechende Fortbildungen zeitweise freigestellt wird und in der Verwaltung Mitspracherecht bei Beschaffungsentscheidungen aller Fachbereiche bekommt.**

Dazu gehört für uns, dass bei künftigen Beschaffungen neben den Anschaffungskosten auch die weiteren Kosten während der Nutzung und die ökologische Gesamtbewertung in die Entscheidungen einbezogen werden. Wir stellen daher den

**Antrag 9: Die Gemeindeverwaltung muss bei künftigen Beschaffungen größerer Gebrauchsartikels oder Maschinen nicht nur die Anschaffungskosten offenlegen, sondern gleichwertig auch deren Gesundheits- und Umweltfreundlichkeit, deren Betriebs- und Erhaltungskosten und deren Entsorgungslasten.**

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Kommunalwahl 2019**

### **a) Bildung des Gemeindevwahlausschusses**

Nach § 11 des Kommunalwahlgesetzes muss für die am 26. Mai 2019 stattfindende Kommunalwahl ein Gemeindevwahlausschuss gebildet werden. Diesem obliegt die Leitung der Gemeinderatswahl in Königsbronn, sowie die Feststellung des Wahlergebnisses.

Der Gemeindevwahlausschuss setzt sich aus dem Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, mind. 2 Beisitzern und Stellvertretern in gleicher Anzahl, Schriftführer und stellvertretendem Schriftführer zusammen.

Bürgermeister Michael Stütz ist auf Grund Gesetzes Vorsitzender, die Stellvertretung obliegt dem stellvertretenden Bürgermeister. Beide Bürgermeisterstellvertreter hatten signalisiert, wieder für den Gemeinderat zu kandidieren und scheiden deshalb als Stellvertreter aus.

Die Beisitzer sind aus den Wahlberechtigten zu wählen.  
Beisitzer dürfen nicht Kandidaten und Vertrauensleute der Wahlvorschläge sein.  
Die Besetzung sollte (vergleichbar mit der Besetzung der Gemeinderatsausschüsse) im Wege der Einigung erfolgen. Sofern ein Mitglied des Gemeinderats widerspricht, ist ein Wahlverfahren mit Wahlvorschlägen notwendig.

Die Verwaltung schlug folgende Besetzung vor:

**Vorsitzender**

BM Stütz (kraft Gesetz)

**stellv. Vorsitzende**

Brigitte Klier

**Schriftführer**

Daniel Maier

**stellv. Schriftführerin**

Jennifer Eckert

Von den Fraktionen wurden folgende Beisitzer/stellvertretende Beisitzer benannt:

SPD: Rudi Eberl / Elmar Brändel

CDU: Dr. Stefan Horrer / Michael Dürr

Unabhängiger Wählerblock: Felix Kluge / Peter Göttling

Unabhängig und Bündnis 90/Die Grünen: Christl Schäfer / Georg Lutsch

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen.

**b) Festlegung von Richtlinien für den Wahlkampf  
(Wochenblattveröffentlichungen, Wochenmarkt, u.ä.)**

1. Wochenblatt:

Grundsätzlich ist die Gemeinde bei Wahlen und Abstimmungen zur Gleichbehandlung Aller verpflichtet. Außerdem gilt für die Gemeinde ein Neutralitätsgebot.

Deshalb wird die Gemeindeverwaltung bis zum Wahltag am 26. Mai keine Veröffentlichungen von Ortsverbänden der Parteien bzw. Wählervereinigungen im redaktionellen Teil des Gemeindeblattes veröffentlichen.

Es besteht jedoch jederzeit die Möglichkeit, kostenpflichtige Anzeigen zu schalten. In den vergangenen Jahren war es üblich, dass für Wahlwerbung der Kommunalwahlen eine Ermäßigung auf die Anzeigenpreise gewährt wurde.

**Die Verwaltung schlug vor, wie bei den vergangenen Wahlen, die Anzeigen zum Selbstkostenpreis zu berechnen. Das bedeutet: Seitenpreis 60 Euro, bei Farbanzeigen 20 % Zuschlag, jeweils zuzüglich Steuer.**

**Für Beilagen gilt der Vereinsrabatt mit 40 %. Dies ergibt Kosten pro Beilage von 138 Euro.**

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen.

## 2. Plakatierung

Die Gemeinde hat die Plakatierung an die Firma IKL-Service vergeben. Plakate sind nur in den Plakatraumen erlaubt. Für Wahlen wurde vereinbart, dass die Gemeinde eine Plakatierung außerhalb der Rahmen zulassen kann.

**Die Verwaltung schlug vor, dies auch für die Europawahl und die Kommunalwahl zuzulassen.**

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen.

## 3. Wochenmarkt

Bei vergangenen Parlaments- und Kommunalwahlen wurden Infostände auf dem Wochenmarkt grundsätzlich zugelassen.

**Die Verwaltung schlug vor, dies auch für die Wahlen am 26. Mai 2019 zuzulassen. Die Veranstalter müssen diese Infostände beim Landratsamt als Versammlung anmelden.**

Der Gemeinderat beschloss einstimmig den Vorschlag der Verwaltung anzunehmen.

## Verschiedenes

### SHW – Insolvenz

Bürgermeister Michael Stütz gab bekannt, dass die SHW unverschuldet ihre 3. Insolvenz angemeldet hat. Nach einem Gespräch mit Herrn Muchat vom Insolvenzbüro wurde bestätigt, dass die Auftragslage schlecht sei und das Unternehmen so nicht solide fortgesetzt werden kann. Der Vorsitzende schlug dem Gremium vor, auf politischer Ebene Kontakt aufzunehmen und dadurch auf Unterstützung durch das Land Baden-Württemberg zu hoffen. Der Gemeinderat befürwortet diese Vorgehensweise.